



LFV-SH Newsletter



Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der Feuerwehren in Schleswig-Holstein

Herausgeber: Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein, Sophienblatt 33, 24114 Kiel, Tel. 0431 / 6032120

Ausgabe 10 / 2011 5. Jahrgang Nummer 116 2. Mai 2011

Themen in dieser Ausgabe:

Verbandsarbeit: Landesfeuerwehrversammlung 2011

- Minister Schlie: Feuerwehren sind unverzichtbar, Seite 1 - 2
- Rede von Landesbrandmeister Detlef Radtke, Seite 2 – 10
- Rede von Innenminister Klaus Schlie, 10- 14

Landesfeuerwehrversammlung 2011

Innenminister Klaus Schlie: Freiwillige Feuerwehren sind alternativlos



Mit einem „flammenden“ Appell hat sich Innenminister Klaus Schlie an die rund 1400 Wehrführerinnen und Wehrführer von Freiwilligen Feuerwehren Schleswig-Holsteins gewandt und Zukunftsorientierung in Bezug auf Mitgliederwerbung von den Führungskräften gefordert. „Wenn es heute heißt „Wir haben keinen Mitgliederverlust“, so bedeutet das im Moment, dass der Status Quo gehalten wird“, sagte Schlie im Rahmen der Landesfeuerwehrversammlung am vergangenen Samstag in Groß Grönau.

„Jeder Wehrführer sollte sich anhand der Alterstatistik einer Wehr fragen: „Wann verliere ich wie viele Mitglieder? Habe ich dann schon für ausreichend Nachwuchs vorgesorgt?“ Ausgebildeten Nachwuchs brauchen wir nicht erst dann, wenn die Wehr die Mindeststärke unterschritten hat, sondern bereits dann, wenn sich die mangelnde Leistungsfähigkeit am Zeithorizont abzeichnet!“, sagte der Minister und bezeichnete Freiwillige Feuerwehren als alternativlos. „Es sei denn man bekennt sich zum Verzicht auf Sicherheit“.



Schlie empfahl den Führungskräften, alle Möglichkeiten des modernen Marketings und die beim Landesfeuerwehrverband vorhandenen Ideen und Materialien zur Mitgliederwerbung zu nutzen. Besonders die Kampagne „112 % Zukunft“ fand die Zustimmung des Ministers.

Dass diese Projekte nicht effektlos verhallen, belegt die Statistik, die Landesbrandmeister Detlef Radtke vorlegte. Demnach stieg die Zahl der freiwilligen Feuerwehrleute erneut leicht an: Im Jahre 2010 von 49.212 auf 49.314. Ein leichter Anstieg zwar nur – aber der dritte nach Beginn der Kampagnenarbeit. Zuvor waren 14 Jahre „Talfahrt“ zu beobachten gewesen. Auch die Zahl der

Frauen im Einsatzdienst konnte von 2956 auf 3087 gesteigert werden. Und bei der Nachwuchsorganisation der Brandschützer sieht es auch nicht schlechter aus: Hier stieg die Zahl der Jugendlichen in den Jugendfeuerwehren um 31 auf 9568. Diese kleinen Erfolge würden deutlich machen, dass es sich lohne, verstärkt in die aktive Mitgliederwerbung zu investieren, sagte Radtke. Dabei schloss er ausdrücklich die Gemeindevertretungen und vor allem die Bürgermeister als Verantwortliche für ihre jeweilige Feuerwehr mit ein.

Die Bürgerinnen und Bürger würden mit der Feuerwehr den Anspruch auf Schutz und Hilfe in allen Gefahrensituationen verbinden, sagte Radtke. „Die Menschen verlassen sich auf den Rat der Feuerwehr, wenn es um vorbeugende Maßnahmen geht, sie verlassen sich auf die Feuerwehr, wenn Menschenrettung und Gefahrenabwehr erforderlich ist. Aber Sie müssen sich auch fragen lassen, was sie tun, um dieses dichte Netz an ehrenamtlicher Gefahrenabwehr zu erhalten.“ In den Freiwilligen Feuerwehren gebe es für jeden einen Platz – abgestimmt auf beruflichen Hintergrund, Vorbildung, Interessenslage und zeitlicher Verfügbarkeit.

Bei den Wahlen gab es folgende Ergebnisse: KBM Ralf Thomsen und Ltd. BD Dr. Ralf Kirchhoff wurden als stellvertretende Verbandsvorsitzende wiedergewählt. Dirk Tschechne aus Zarpfen (OD) wurde zum neuen Landes-Jugendfeuerwehrwart gewählt.

Für Ihre Verdienste um das Feuerwehrwesen wurden geehrt:

- Innenminister Klaus Schlie mit dem Deutschen Feuerwehr-Ehrenkreuz in Silber
- Hauptbrandmeister Sven Voß (Hansühn) mit dem Brandschutzehrenzeichen der Sonderstufe
- Ministerialrat Hans Schönherr (Kiel) mit der Ehrenmitgliedschaft im Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein
- Hauptbrandmeister Jörg Schlüter (Neumünster) mit dem schleswig-holsteinischen Feuerwehr-Ehrenkreuz in Bronze
- Brandmeister Ingmar Behrens (Ottendorf, RD-ECK) mit dem schleswig-holsteinischen Feuerwehr-Ehrenkreuz in Bronze
- Oberbrandmeister Michael Mull (Lübeck) mit der Ehrennadel in Silber mit Kranz der Bundesvereinigung Deutscher Musikerverbände



Ehrende und Geehrte: (v.lks.) DFV-Präsident Hans-Peter Kröger, Ministerialrat Hans Schönherr, Michael Mull, Ingmar Behrens, Innenminister Klaus Schlie, Sven Voss, Landesbrandmeister Detlef Radtke, Jörg Schlüter.
Fotos: Bauer / LfVSH

Rede von Landesbrandmeister Detlef Radtke anlässlich der Landesfeuerweherversammlung 2011

Feuerwehren haben im Land ein großes Ansehen. Die Bürgerinnen und Bürger verbinden mit der Feuerwehr den Anspruch auf Schutz und Hilfe in allen Gefahrensituationen. Sie verlassen sich auf den Rat der Feuerwehr, wenn es um vorbeugende Maßnahmen geht, sie verlassen sich auf die Feuerwehr, wenn Menschenrettung und Gefahrenabwehr erforderlich ist. Die Bürger erwarten schnelle und professionelle Hilfe, zu jeder Tages- und Nachtzeit. Feuerwehr ist für viele auch der Motor, um den Zusammenhalt in den Gemeinden zu erhalten. Die Feuerwehren in Schleswig-Holstein erfüllen die Anforderungen, freiwillig, ehrenamtlich und auch wirtschaftlich.

Es gibt keine Alternative zu dem vorhandenen kostengünstigen flächendeckenden Hilfeleistungssystem mit Freiwilligen Feuerwehren. Pflichtfeuerwehren sind keine dauerhafte Lösung, da durch Zwang keine Motivation erreichbar ist. Berufsfeuerwehren sind in der Fläche aufgrund der laufenden Personalkosten unbezahlbar. Wer die heutige Qualität in der Sicherheit auch zukünftig erwartet, muss zwangsläufig das Ziel haben das derzeitige Hilfeleistungssystem zu erhalten. Hierbei ist jede Freiwillige Feuerwehr wichtig, egal, ob sie viel oder wenige Einsätze hat. Die Anzahl an Einsätzen darf nicht das Maß für die Notwendigkeit einer Feuerwehr sein.

Die Städte und Gemeinden wissen, dass es sich lohnt, zusammen mit ihren Feuerwehren um den Erhalt der vorhandenen ehrenamtlichen Struktur zu kämpfen.



Mitglieder werben

Neben professioneller Ausbildung, einer bedarfsgerechten Unterbringung und Ausstattung sind vor allem die Mitglieder in den Einsatzabteilungen von entscheidender Wichtigkeit. Das Personalproblem ist die größte Herausforderung in der Gegenwart und der Zukunft. Der Landesfeuerwehrverband und die Kreis- und Stadtfeuerwehrverbände haben mit ihren Feuerwehren seit 2006 die Image- und Werbekampagne zur Mitgliedergewinnung in den Vordergrund ihrer Bemühungen gestellt.

Werbung läuft nach Gesetzmäßigkeiten des Marketings ab. Wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Werbung ist der Wiedererkennungswert und die Beharrlichkeit. In den letzten Jahren gab es viele Aktionen, die bundesweite Beachtung erfahren haben:

- Mitmachtage
- Werbe- und Imagefilm
- Größte Glückwunschkarte zur Gründung der 400. Jugendfeuerwehr
- Kampagne zum Geburtstag der ältesten Jugendfeuerwehr der Welt
- Plakataktionen (Klorolle und Frauen an den Brandherd)
- Führungslehrgänge im Jugendfeuerwehrzentrum zur Unterstützung des Überganges von der Jugendabteilung in die Einsatzabteilung
- Baumpflanzaktionen mit Jugendfeuerwehren
- Feuerwehraktionstage im Hansapark
- Werbung auf knallroten Bussen im Personennahverkehr
- Großflächenplakataktion (Start Ende 2010, Ministerpräsident klebt das 1. Plakat)
- Neueste Aktion „Unsere Jugendfeuerwehr-112% Zukunft“



Die Anstrengungen der Feuerwehren haben sich gelohnt.

Der Mitgliederbestand ist den letzten drei Jahren in den Freiwilligen Feuerwehren landesweit gestiegen, nachdem vorher 14 Jahre lang die Zahlen jährlich zurückgegangen sind. Die Zahlen sind Motivation, auf keinen Fall Grund zum Ausruhen. Die Freiwilligen Feuerwehren müssen vor Ort in der Werbung weitermachen, aber nicht allein, sondern zusammen mit den Trägern der Feuerwehr, mit Politik und Verwaltung.

Jede Stadt und Gemeinde ist aufgefordert, sich jetzt zusammen mit den Feuerwehren um den Erhalt ihrer Mitgliederbestände zu bemühen.

Freiwillige Feuerwehr ist ein Ehrenamt und wird nicht entlohnt. Ich denke aber, dass weitere Anreize geschaffen werden müssen, um langfristig das System der Freiwilligen Feuerwehren zu erhalten. Als Erstes wird natürlich der Anreiz durch die vielseitige und interessante Arbeit in der Feuerwehr selbst geschaffen. Viele sprechen vom „besten Hobby der Welt“.

Ich denke dennoch, dass künftig weiter gehende Anreize erforderlich sind, die aus meiner Sicht keine Bezahlung darstellen.

Ich kann mir hier Folgendes vorstellen:

- Größtmögliche Anerkennung der Feuerwehr-Ausbildung für Beruf und Studium
- Kostengünstige Mietwohnungen oder Grundsteuerermäßigungen
- Beteiligung an Kinderbetreuungskosten
- Kostenfreie Nutzung von städtischen Einrichtungen wie Schwimmhallen, Bibliotheken und Volkshochschulkursen
- Kostenlose Nutzung des Öffentlichen Personenverkehrs
- Einstellung von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr in Verwaltung und Betriebe der Städte und Gemeinden.
- Zulassen, dass Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr als interne Bewerber gelten und sich auf interne Stellenausschreibungen in Städten und Gemeinden bewerben können
- Anrechnung der Feuerwehrdienstzeiten auf die Rentenpunkte

Es gibt sicherlich noch viel mehr Ideen. Ich bin sicher, dass nicht alles auf Gegenliebe stößt und die Umsetzung teilweise schwierig ist. Ich warne aber davor, gleich zu Beginn Ideen zu früh zu verwerfen. Zum Erhalt unseres Feuerwehrsystems sind sämtliche Ideen und Vorschläge erforderlich und haben Anspruch auf eine sachliche Bewertung. Es darf nichts unversucht bleiben.

Mitglieder halten

Die Mitgliederwerbung hat bei vielen Feuerwehren höchste Priorität. Das ist gut, darf aber nicht von der Notwendigkeit ablenken, dass vorhandene Mitglieder gehalten werden müssen. Es ist viel Zeit in neue Mitglieder investiert worden, damit sie sicher und professionell ihren Feuerwehrdienst in den unterschiedlichsten Bereichen versehen können. Die Kameradinnen und Kameraden wollen und müssen gefordert und gefördert werden. Fähigkeiten der Einzelnen sind hierbei zu berücksichtigen. Die Mitglieder der Feuerwehren haben einen Anspruch auf klare Zielvorgaben. Hierfür ist Kommunikation und Information in den Feuerwehren besonders wichtig. Die Führungskräfte der Feuerwehren dürfen nicht nur Einsatztaktik vermitteln, sondern sie müssen auch die Grundlagen der Menschenführung kennen und danach handeln.

Mit den „Integrationslehrgängen“ bietet der Landesfeuerwehrverband eine Fortbildung für Führungskräfte im Bereich der Menschenführung an. Es hat sich mittlerweile herumgesprochen, dass die Seminarreihe hervorragende Ergebnisse liefert, die die Teilnehmer in ihren Wehren sofort nutzen können.



Neueste Idee zur Aufbesserung der knappen Finanzen der Jugendfeuerwehr auf Landesebene: „Tatütatas“ – leckere Nudeln in Form einer Drehleiter. 50 Cent von jeder verkauften Packung fließen in die Lehrgangsarbeit. Manuela Söller-Winkler, Abteilungsleiterin der Kommunalabteilung im Kieler Innenministerium hat sich gleich eingedeckt.
Bestellkontakt:
www.hamburgerfeuerwehrshop.de

Jugendarbeit

Mit der Jugendarbeit bieten die Feuerwehren den Jugendlichen einerseits eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung an, andererseits brauchen die Feuerwehren den Nachwuchs für ihre Einsatzabteilungen. Erfolgreiche Jugendarbeit wurde auch in 2010 durchgeführt. Es gibt mittlerweile 416 Jugendfeuerwehren in Schleswig-Holstein mit 9568 Mitgliedern.

Erfreulich ist der hohe Anteil von Mädchen. 24 % beträgt der Anteil. Erfreulich ist auch die hohe Übertrittsrate von 561 Jugendlichen, die von der Jugendabteilung in die Einsatzabteilung gewechselt sind. Bedauerlich ist, dass jährlich ca. 1400 Jugendliche die Jugendfeuerwehr verlassen. Es muss gelingen, die Anzahl der Austritte zu senken.

Jugendarbeit ist Investition in die Zukunft, die nicht kostenfrei zu haben ist. Mit großer Sorge beobachtet der Landesfeuerwehrverband die Entwicklung der Fördermittel des Landes für die Jugendarbeit. Kürzungen der Landesmittel im Jugendbereich werden vom Landesfeuerwehrverband abgelehnt. Hiermit werden die falschen Signale gesetzt, in einer Zeit, in der der demografische Wandel besondere Anstrengungen von den Jugendorganisationen erfordern. Kürzungen gefährden die Arbeit der Jugendverbände in Schleswig-Holstein.



Wurde zum neuen Landesjugendfeuerwehrwart gewählt: Dirk Tschechne aus Zarpfen.

Kindergruppen

Das Thema Kinderfeuerwehr ist ein bundesweites Thema, das in den Bundesländern unterschiedlich bewertet wird. Auch in Schleswig-Holstein wurde das Thema in 2009 und 2010 ausführlich diskutiert. Mit der Beratung des Brandschutzgesetzes haben sich die Kreis- und Stadtwehrführer darauf geeinigt, dass das Eintrittsalter in die Jugendfeuerwehr unverändert bei 10 Jahren bleiben soll. Sofern Kindergruppen zum Zwecke der Brandschutzerziehung gegründet und betrieben werden sollen, kann dies nicht in der Trägerschaft der Feuerwehr ablaufen. Hierfür sind andere Trägerschaften heranzuziehen. Diese Entscheidung ist in Schleswig-Holstein umgesetzt.

Unabhängig davon interessiert sich der Landesfeuerwehrverband für die Entwicklungen auf Bundesebene und ist an Ergebnissen und Erfahrungen mit Kindergruppen in anderen Trägerschaften interessiert. Der Landesfeuerwehrverband hat in Schleswig-Holstein eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Entwicklungen und Erfahrungen analysieren sollen, um dann den Kreis- und Stadtwehrführern Vorschläge zu unterbreiten, wie künftig mit Kindergruppen umgegangen werden sollen.

Einsatzfähigkeit

Helfen wollen ist das Eine, helfen können ist das Andere. Die Anzahl an Mitgliedern in den Feuerwehren ist ein wichtiger Schlüssel zur Einsatzfähigkeit und zum Erhalt des flächendeckenden Hilfeleistungssystems. Es ist schwer genug, Mitglieder zu werben und zu halten. Zur Einsatzfähigkeit von Feuerwehren gehören neben einer ausreichenden Anzahl von Mitgliedern zusätzlich noch

- eine bedarfsgerechte Anzahl von Fahrzeugen und Geräten
- ausreichend Führungskräfte
- Atemschutzgeräteträger
- eine gute Ausbildung
- Kraftfahrer für Einsatzfahrzeuge
- Alarmpläne für die Zusammenarbeit

Ausbildung:

Die Ausbildung ist Voraussetzung für den Einsatzerfolg. Eine gute Ausbildung trägt dazu bei, dass qualifizierte Arbeit geleistet werden kann und die Unfallrisiken im Einsatz reduziert werden. Die Ausbildungen auf Landes- und Kreis- und Standortebene sind aufeinander abgestimmt. Grundlagen sind die Dienstvorschriften, die die Ausbildung vereinheitlichen. Individuelle Auslegungen oder eigenmächtige Alleingänge in der Umsetzung sind Zusammenarbeit von Feuerwehren nicht dienlich. Wenn es etwas in der Ausbildung etwas zu verbessern gibt, dann muss dies in den richtigen Gremien auf den Tisch. Es ist sehr wichtig, dass die Erfahrungen auf Kreis- und Standortebene gesammelt und der Landesfeuerwehrschule zurückgemeldet werden, um die Ausbildung weiter zu optimieren.



v.lks.: DFV-Präsident Hans-Peter Kröger, Innenminister Klaus Schlie, LBM Dettlef Radtke.

Funktionsträger haben im Einsatz eine große Verantwortung für den Einsatzerfolg, aber vor allem auch für die ihnen anvertrauten Einsatzkräfte. Dies trifft verstärkt auf die Führungskräfte zu. Man wird nicht als Feuerwehrführungskraft geboren. Es ist erforderlich, rechtzeitig Führungskräfte auszubilden, um bei Nachfolgeregelungen auch Kameradinnen und Kameraden zu haben, die nicht ins kalte Wasser gestoßen werden und aufgrund fehlender Vorkenntnisse den großen Herausforderungen nicht gewachsen sind. Führungskräfte müssen sich auch fortbilden, um auch künftige Lagen bewältigen zu können.

Feuerwehrführerschein:

Die Einsatzfähigkeit der Feuerwehren ist auch abhängig von der Anzahl der Fahrer von Einsatzfahrzeugen. Mit der Einführung des neuen EU-Rechts können die Inhaber der Fahrerlaubnisklasse B nur noch Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen fahren. Auf die Gemeinden sind weitere Kosten hinzugekommen, indem sie die Kosten für die Ausbildung der Führerscheine Klasse C1 für Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen tragen müssen. Der Deutsche Feuerwehrverband hatte sich zusammen mit den Landesfeuerwehrverbänden seit Jahren darum bemüht, Ausnahmeregelungen für das Fahren von Einsatzfahrzeugen zu erwirken. Es ist gelungen, das Thema durch die Feuerwehren erneut zu platzieren. Nun zeichnet sich sogar eine Regelung bis 7,5 Tonnen ab. Am 27.05.2011 wird sich der Bundesrat abschließend mit dem Gesetz beschäftigen.

Das Gesetz sieht vor, dass Feuerwehren und andere Hilfeleistungs-Organisationen eine organisationsinterne Einweisung und Prüfung auf Einsatzfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von bis zu 7,5 Tonnen selbst durchführen können. Wenn der Bundesrat dem Gesetz zustimmt, und das Gesetz veröffentlicht ist, haben die Landesregierungen die Möglichkeit dieses Gesetz in ihre regionalen Gegebenheiten zu übertragen.

Ende des Jahres 2010 hatte sich der schleswig-holsteinische Landtag mit dem Thema „Führerschein“ beschäftigt und einstimmig für die Sonderregelung, d.h. die organisationsinterne Einweisung und Prüfung bis 7,5 Tonnen ausgesprochen.

Atemschutztauglichkeit und Fitness:

Der Einsatzerfolg hängt häufig davon ab, dass Feuerwehren unter Atemschutz vorgehen müssen. Die Anzahl von Atemschutz-Geräteträger an der Einsatzstelle ist eine wichtige Größe. Nur mit Eigenschutz ist es möglich dicht an Einsatzstellen heranzugehen um gezielt die Gefahrenabwehr durchzuführen. Ich fordere alle Führungskräfte auf, die Ausbildung von neuen Geräteträgern voranzutreiben und langfristig für die Atemschutz-Tauglichkeit der Einsatzkräfte zu sorgen. Jedes Feuerwehrmitglied, insbesondere der Atemschutz-Geräteträger ist einerseits selbst für seine Fitness verantwortlich, andererseits kann es bei

sportlichen Betätigungen in der Gruppe im Feuerwehrdienst viel Spaß geben und der „innere Schweinehund“ wird leichter überwunden.

Ich bitte die Gemeinden, ihre Feuerwehren zu unterstützen, in dem den Feuerwehren Sportstätten zur Verfügung gestellt werden, damit der Dienstsport gemacht werden kann. Fitness heißt nicht Leistungssport, Fitness heißt Bewegung und gesunde Ernährung.

Investitionsstau Feuerwehrfahrzeuge

Die Feuerwehren haben in Schleswig-Holstein ca 3.200 Einsatzfahrzeuge für Brandschutz und Technischer Hilfe. Von diesen Fahrzeugen sind 70 % älter als 10 Jahre und 40 % älter als 20 Jahre. Der Landesfeuerwehrverband hat daraus eine Investitionssumme von 360 Mio € ermittelt, die die Kommunen in Schleswig-Holstein innerhalb von 10 Jahren insgesamt für Ersatzbeschaffungen aufbringen müssen. Dies sind jährlich 36 Mio € Investitionen.

Eine gigantische Summe, die ohne Zuschüsse aus der Feuerschutzsteuer nicht realisierbar wäre. Schon jetzt zeichnet sich ein Investitionsstau ab, da die Mittel in den Kommunen in der

Höhe nicht verfügbar sind. Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass es Gemeinden gibt, die ihre Beschaffungen von Einsatzfahrzeugen untereinander abstimmen und gemeinsame längerfristige Planungen durchführen. Dieses Verfahren bietet sich an, um die gemeindefestischen Anforderungen an die Fahrzeuge auf ein Minimum zu beschränken und damit Kosten einzusparen. Noch besser wäre es, wenn sich die Feuerwehren darauf einigen könnten, mehrere baugleiche Fahrzeuge für mehrere Städte und Gemeinden in Form von Sammelbeschaffungen auszuschreiben. Unter dem Kostendruck muss gefragt werden, ob wirklich jede individuelle Ausführung die Mehrkosten bei der Beschaffung rechtfertigt.



Für das NDR-Fernsehen stand der Landesbrandmeister Rede und Antwort. Der Beitrag ist in der NDR-Mediathek noch bis Ende der nächsten Woche abrufbar (www.ndr.de)

Wenn ich über Fahrzeugbeschaffungen und über knappe Haushaltsmittel der Kommunen spreche, dann möchte ich an dieser Stelle die Machenschaften großer Hersteller von Feuerwehrfahrzeugen auf das schärfste verurteilen. Gewinne machen ist das Ziel der sozialen Marktwirtschaft. Profitgier gehört aber nicht dazu.

Ich hoffe, dass es nicht nur zu sogenannten Selbstreinigungsprozessen innerhalb der Fahrzeughersteller kommt, sondern dass auch die Kommunen entschädigt werden, die einen finanziellen Schaden aus den Kartellmachenschaften erlitten haben. Der Deutsche Städte- und Gemeindetag hat sich der Sache angenommen. Fest steht, der finanzielle Schaden könnte schnell behoben werden. Der moralische Schaden - der Vertrauensverlust zu den Fahrzeugherstellern - wird schwer wieder zu reparieren sein.

Feuerwehrbedarfsplanung:

Der Brandschutz ist in SH eine kommunale Angelegenheit in der Zuständigkeit von 1500 Gemeinden und Städten. Jede Gemeinde ist verantwortlich für die Sicherstellung der Gefahrenabwehr in ihrem Zuständigkeitsbereich für den Brandschutz und für die Technische Hilfe. Mit einer Bedarfsplanung werden Stärken und Schwächen von Feuerwehren aufgezeigt. Ich empfehle den Feuerwehren sich mit der Bedarfsplanung zu beschäftigen. Hierfür steht ein Programm auf dem Server der Landesfeuerwehrschule zur Verfügung. Derzeit wird das Programm erweitert um das Modul der Alarm- und Ausrückordnung. An dieser Stelle möchte ich mich bei der Landesfeuerwehrschule aber vor allem auch bei allen Mitwirkenden aus den Feuerwehren dafür bedanken, das ein wichtiges Hilfsmittel in Schleswig-Holstein erarbeitet wurde, um das uns andere Bundesländer beneiden.

Facharbeit

Der Landesfeuerwehrverband hatte im Jahr 2007 die Facharbeit neu strukturiert mit den Zielen:

- kleinere Arbeitsgruppen
- klare Verantwortlichkeiten
- klare Zielvorgaben
- eindeutige Informationswege
- Transparenz von Arbeitsergebnissen

Mittlerweile gibt es mit der neuen Struktur sehr gute Erfahrungen und Erfolge. Themen mit landesweiter Auswirkung werden identifiziert und bearbeitet. Anfragen aus den Mitgliedsverbänden werden behandelt, Protokolle dokumentieren die Ergebnisse. Die Kommunikation zwischen den Fachleuten des Landesfeuerwehrverbandes und der Mitgliedsverbände wurden verbessert. Eine Vielzahl von Foren wurden durchgeführt und damit der Erfahrungsaustausch intensiviert. Ich danke den ehrenamtlichen Fachleitern, dass sie zum Gelingen der Facharbeit entscheidend beitragen. Die Ergebnisse sind umfassend im vorliegenden Jahresbericht dargestellt.

Zusammenarbeit bei Großschadenslagen und Katastrophen

Der Brandschutz in Schleswig-Holstein ist eine kommunale Pflichtaufgabe der Träger der Feuerwehren in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden. Um aber die Herausforderungen bei Großschadenslagen und Katastrophen bewältigen zu können, ist es erforderlich, dass die Landesregierung als oberste Katastrophenschutzbehörde dafür sorgt, dass in Zusammenarbeit mit den Kreisen/kreisfreien Städten durch gute Planung und Abwicklung es immer zu einem Einsatzerfolg kommt. Einsätze größeren Ausmaßes können nur gemeindeübergreifend, kreisübergreifend, oder sogar nur länderübergreifend abgearbeitet werden.

Hierfür ist es erforderlich, dass die Risiken in einer landesweiten Gefahrenanalyse im Vorwege erkannt werden, aus der dann konkrete Einsatzplanungen erfolgen müssen.

Hierfür ist eine Übersicht erforderlich, aus der erkennbar ist, welche konkreten Einsatzmittel in welcher Zeit verfügbar sind und an welchen Standorten die Einsatzmittel vorgehalten werden. Unter dem Namen „denis II plus“ ist der bisherige Versuch gescheitert landesweit eine entsprechende Datenbank einzuführen. Bei den Einsatzplanungen müssen neben der Feuerwehr das THW und andere Hilfsorganisationen mit beteiligt sein. Für die Bewältigung der Gefahrenabwehr wird in Schleswig-Holstein künftig ein starkes Referat für das Feuerwehrwesen und den Katastrophenschutz benötigt.

Der Landesfeuerwehrverband mit seinen Mitgliedsverbänden begrüßt ausdrücklich die Entscheidung des Innenministers, das Feuerwehrwesen und den Katastrophenschutz in einem neuen Referat in der Kommunalabteilung des Innenministeriums zu bündeln. Damit können Synergien zwischen der kommunalen Gefahrenabwehr und den Aufgaben des Landeskatastrophenschutzes genutzt werden. Schnittstellen werden minimiert, Prozesse der Kommunikation werden optimiert. Mit der Entscheidung des Ministers wird eine wichtige Forderung des Landesfeuerwehrverbandes erfüllt. Ich danke ihnen Herr Minister Schlie, dass sie unsere Anregungen aufgegriffen und umgesetzt haben.

Dies heißt nicht, dass es für den Landeskatastrophenschutz ausreichend ist, sich auf die Einsatzmittel zu verlassen, die im kommunalen Bereich vorhanden sind. Ganz im Gegenteil.



Die Gemeinde Groß Grönau und deren Freiwillige Feuerwehr waren Gastgeber der Landesfeuerwehrversammlung 2011 und luden in die „Grönau-Halle“ ein.

Der Katastrophenschutz, der in der Verantwortung des Landes liegt, erfordert in jedem Fall nachhaltige zusätzliche Investitionen des Landes. Spätestens nach den Ereignissen in Fukushima ist der Welt klargeworden, dass nichts ausgeschlossen werden kann. Es ist nicht die Frage, ob etwas passiert, sondern nur wann und wo etwas passiert. Darauf müssen wir vorbereitet sein.

Mit Bedauern haben die Feuerwehren zur Kenntnis genommen, dass der Leiter des Brandschutzreferates Ministerialrat Schönherr am 01.06.2011 in den wohlverdienten Ruhestand geht. Die Feuerwehren freuen sich auf den Nachfolger Gerhard Brüggemann. Die Feuerwehren Schleswig-Holsteins reichen Ihnen Herr Brüggemann die Hand zur Zusammenarbeit. Es gibt genug zu tun, packen wir es gemeinsam an.



Ministerialrat Hans Schönherr und sein designierter Nachfolger Gerhard Brüggemann (rechts).

Digitalfunk:

Die Einsatzkräfte aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben müssen gemeinde- und kreisübergreifend tätig sein, dies gilt insbesondere im Katastrophenschutz. Dies setzt eine geordnete Einführung des Digitalfunks im ganzen Land voraus. Sollte das nicht gelingen, ist der Einsatzerfolg im Katastrophenschutz massiv gefährdet. Alle Beteiligten sind aufgefordert hierbei nach Kräften zu unterstützen. Es nützt nichts, immer wieder die „ollen Kamellen“ herauszuholen und darauf hinzuweisen, dass der Digitalfunk doch schon seit 2006 hätte eingeführt sein sollen. Nach vorne blicken muss die Losung sein.

Ich bitte sie, Herr Minister Schlie, die Einführung des Digitalfunks im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz erneut zu bewerten und steuernd in die Entscheidungsprozesse der Kreise einzugreifen. Es zeichnet sich auch eine erneute Schwierigkeit bei der Einführung des Digitalfunks im kommunalen Bereich ab. Nach meinem Kenntnisstand akzeptieren die Krankenkassen nicht die vorliegende Betriebskostenvereinbarung, obwohl bei den Verhandlungen alle Partner, auch die Krankenkassen, am Verhandlungsergebnis beteiligt waren. Ich bitte sie, Herr Innenminister, auf höchster Ebene Gespräche zu führen, um eine weitere drohende Terminverschiebung im Digitalfunk abzuwenden.

Die Landesregierung muss steuernd in den Prozess zur Einführung des Digitalfunks stärker eingreifen. Hier schließe ich die weitergehende Ordnung der Leitstellenlandschaft ausdrücklich mit ein.

Ich möchte noch einen Blick in den kommunalen Bereich richten. Es fehlte im kommunalen Bereich in der Vergangenheit an einem Ansprechpartner, der die fachlichen Fragen mit den Anwendern des nichtpolizeilichen BOS Bereiches abstimmt. Der Landesfeuerwehrverband hatte hierzu mit einem Positionspapier frühzeitig Stellung bezogen und mindestens eine Planstelle für den kommunalen Bereich gefordert.

Seit 01.09.2010 ist Kamerad Dirk Oesau als Digitalfunk-Koordinator für den nichtpolizeilichen Bereich im Innenministerium eingestellt worden. An dieser Stelle danke ich Ihnen, Herr Minister Schlie, für die Unterstützung, eine neue Stelle einzurichten. Es gibt viele Fragen, die u.a. zwischen Polizei und Kommunen besprochen und abgestimmt werden müssen. Es handelt sich um technische und betriebliche Fragen, die alle Kreise und kreisfreien Städte betreffen. Eine besondere Herausforderung ist es dafür zu sorgen, dass es eine größtmögliche Sortenreinheit bei den Endgeräten gibt. Ein Wildwuchs bei der Beschaffung wird am Ende nicht bezahlbar sein und kann nur vermieden werden, wenn es Sammelbeschaffungen gibt.

Während bei analogen Funkgeräten der LötKolben zur Einstellung eines Gerätes ausreichte, müssen die neuen Endgeräte an eine Schnittstelle zur Konfiguration angeschlossen werden. Die neuen Geräte erfordern regelmäßige Softwareupdates. Hier kann man eine große Produktpalette bei den Endgeräten nicht gebrauchen.

Leitstellen:

Seit Jahren wissen wir, dass die Einführung des Digitalfunk auch Auswirkungen auf die Leitstellen hat. Die Einbindung der Leitstellen in den Digitalfunk wird kostenmäßig eine große Rolle spielen. Es geht hierbei um Investitionen und laufende Kosten im Betrieb. Der Landesrechnungshof hat festgestellt, dass die Leitstellenlandschaft in Schleswig-Holstein noch zu kleinteilig ist. Hier wird es langfristig in der Zukunft noch Änderungen geben müssen.

Ausblick

Das Feuerwehrwesen hat im Lande ein hohes Ansehen und ein großes Gewicht. Hierzu hat vor allem die professionelle Arbeitsweise der Feuerwehren beigetragen, aber auch die Arbeit der Interessenverbände, Kreis-/Stadtfeuerwehrverbände und Landesfeuerwehrverband. Es gibt in vielen Themenbereichen einen engen Schulterschluss des Landesfeuerwehrverbandes zu den kommunalen Verbänden. Der Landesfeuerwehrverband hat die Zusammenarbeit auf allen Ebenen von Politik, Verwaltung und Wirtschaft weiter intensiviert, mit dem Ziel, das ehrenamtliche Hilfeleistungssystem zukunftsfähig zu halten. Die Mitgliederwerbung und Nachwuchsförderung muss künftig den höchsten Stellenwert in den Städten und Gemeinden haben.

Drei Jahre Erfolg bei der landesweiten Mitgliederwerbung macht Mut zur Fortsetzung der Werbe- und Imagekampagne. Wer sich für die Zukunft interessiert, der muss heute dafür sorgen, dass das Ehrenamt gestärkt wird, um es langfristig zu erhalten. Verantwortungsbewusstsein, Hilfsbereitschaft, Teamgeist und Kreativität sind wesentliche Bestandteile der Freiwilligen Feuerwehren. Dies sind langfristige Investitionen in die Zukunft, die nicht von Finanz- und Wirtschaftskrisen abhängig sind, sondern lediglich von dem Handeln der heutigen Generation. Die Bürgerinnen und Bürger fordere ich auf, Kontakt mit ihrer Freiwilligen Feuerwehr in ihrer Gemeinde, in ihrer Stadt aufzunehmen.

Freiwillige Feuerwehr lebt davon, dass sich Bürger an der ehrenamtlichen Arbeit beteiligen. Neben der Einsatzfähigkeit, neben der Brandschutzerziehung in Kindergärten und Schulen, neben der Jugendarbeit kann man bei der Freiwilligen Feuerwehr soziale Kompetenz und Teamgeist erleben und gestalten. Die Aufgabenvielfalt ist groß, jeder Bürger kann sich bei uns wiederfinden und die Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr zu einem interessanten Hobby machen.

Am Ende meines Berichtes möchte ich mich bei allen bedanken, die in den Feuerwehren tätig sind, bzw sich für das Feuerwehrwesen auf die unterschiedlichste Weise eingesetzt haben. Unterstützen sie bitte weiterhin das Feuerwehrwesen in Schleswig-Holstein.

Rede von Innenminister Klaus Schlie anlässlich der Landesfeuerwehrversammlung 2011

Zur diesjährigen Landesfeuerwehrversammlung nach Groß Grönau bin ich sehr gerne gekommen, zumal dieser Veranstaltungsort in meinem Heimatkreis liegt. Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Landesbrandmeister Radtke für die Einladung.

Als erstes möchte ich den Delegierten der 1.400 schleswig-holsteinischen Feuerwehren die Grüße und besten Wünsche der Landesregierung überbringen. Damit verbunden ist auch der Dank für die von Ihnen und Ihren Kameradinnen und Kameraden im vergangenen Jahr ehrenamtlich und unentgeltlich geleistete Arbeit für die Allgemeinheit, für Ihren aufopferungsvollen Dienst am Nächsten.



Meine Damen und Herren,
ich bin der Auffassung, dass Feuerwehr und Katastrophenschutz in eine Hand gehören. Ich habe deshalb vor einigen Wochen die Entscheidung getroffen, dass diese Bereiche im Innenministerium umorganisiert werden. Ab dem 1. Juni werden die Mitarbeiter des Katastrophenschutzes diese Aufgabe innerhalb der Kommunalabteilung in einem Referat gemeinsam mit dem Feuerwehrwesen wahrnehmen. Neben überzeugenden Argumenten meiner Fachleute im Innenministerium hat mich auch der Wunsch des Landesfeuerwehrverbandes zu dieser Entscheidung bewegt.



Überraschung für den Minister: DFV-Präsident Hans-Peter Kröger zeichnete Klaus Schlie mit dem Deutschen Feuerwehr-Ehrenkreuz in Silber aus.

Die Feuerwehren stellen den Großteil des Personals im Katastrophenschutz. Ihre Bedeutung wird in Zukunft weiter wachsen, insbesondere als Folge einer verkleinerten Bundeswehr. Insbesondere die Ereignisse in Japan haben uns eindrücklich vor Augen geführt, dass vorbereitende Maßnahmen für die Bewältigung von Katastrophenlagen eine enorme Bedeutung haben. Ausrüstung und Ausstattung müssen modern sein. Ständige Fortbildung und regelmäßige Übungen sind unerlässlich. Vor allem brauchen wir Menschen, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Die Feuerwehr setzt hier Maßstäbe.

Die Aufgabe, die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung zu verbessern, wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Sie stellt Bund und Länder vor große Herausforderungen. Und auch hier sind es wieder die Feuerwehren, die gewissermaßen die Grundlast tragen müssen, die dazu aber auch hervorragend prädestiniert sind. Denn die „Brandschutzaufklärung“ gehört bereits zu ihren Aufgaben und ist auch gesetzlich verankert.

Der Deutsche Feuerwehrverband bemüht sich zurzeit beim Bundesinnenminister, dass die Feuerwehren hier beteiligt werden und auch einen finanziellen Ausgleich hierfür erhalten.

Meine Damen und Herren, Feuerwehr ist etwas Besonderes. Ehrenamtlich und freiwillig leistet ein großer Teil unserer Bevölkerung Dienst für die Gemeinschaft, ohne danach zu fragen: „Was bekomme ich dafür?“ Selbstverständlich gibt auch viele Menschen, die sich in anderen Bereichen engagieren, das ist ebenso ohne Einschränkungen zu würdigen. Was aber unterscheidet die Feuerwehr von Vereinen und anderen Gemeinschaften? Ein Blick in das Brandschutzgesetz hilft: Die Gemeinden haben als Selbstverwaltungsaufgabe zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes und der Technischen Hilfe eine den örtlichen Verhältnissen angemessene leistungsfähige öffentliche Feuerwehr zu unterhalten.

Die Feuerwehr ist somit eine Einrichtung, die einen gesetzlichen Auftrag hat. Die Wehrführerin oder der Wehrführer sind kommunale Ehrenbeamte und mit besonderen Rechten und Pflichten ausgestattet. Der Begriff „leistungsfähig“ spiegelt sich in den Einsatzmitteln und der Anzahl der in einer bestimmten Zeit verfügbaren Einsatzkräfte an der Einsatzstelle mit den erforderlichen Funktionen wider. Es zählt jedoch nicht nur die Menge der Einsatzkräfte, sondern auch deren Qualifikation. Für die Leistungsfähigkeit ist die Gemeinde als Träger des Feuerwehrwesens verantwortlich. Hier zählt der Einzelfall.

In dem Einzelfall, in dem sich herausstellt, dass die Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr nicht erfüllt sind, wird das Ergebnis zum Gradmesser der Verantwortung der Gemeinde und damit der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters. Die Feuerwehr schützt nicht nur das Leben, die Gesundheit und das Eigentum der Einwohner, sondern trägt darüber hinaus erheblich zur persönlichen Absicherung der Verantwortlichen in einer Gemeinde bei. Die Freiwilligen Feuerwehren bilden in Schleswig-Holstein die Grundlage der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr und sind damit für die Bevölkerung und deren Sicherheit unverzichtbar. Dass dies ehrenamtlich erfolgt, spart den Gemeinden viel Geld.

Daher gibt es zur Freiwilligen Feuerwehr keine Alternative, es sei denn, man bekennt sich zum Verzicht auf Sicherheit. Das kann aber nicht die Alternative sei. Ich bin der Auffassung, dass wir landesweit einen einheitlichen Sicherheitsstandard benötigen. Dies ist auch notwendig, um unser Land attraktiv für Menschen und für Investoren zu erhalten. Wir benötigen auch in Zukunft leistungsfähige Feuerwehren, um das flächendeckende Netz einer einheitlichen Gefahrenabwehr zu gewährleisten. In Zukunft dürften weniger die materiellen Probleme im Vordergrund stehen, als Probleme mit der Anzahl qualifizierter und einsatzbereiter Mitglieder in den Freiwilligen Feuerwehren. Denn was nützt die schönste und modernste Technik, wenn wir nicht mehr das Personal haben, um sie zu bedienen?



Auch im Schleswig-Holstein-Magazin des NDR sagte Klaus Schlie: „Für Freiwillige Feuerwehren gibt es keine Alternativen.“

Das muss ein Grund mehr sein, alle Anstrengungen darauf zu richten, den Mitgliedsbestand zu erhalten und zu erhöhen. Die geburtenstarken Jahrgänge in den Feuerwehren sind heute um die 45 bis 55 Jahre alt. Wenn diese Jahrgänge ohne den erforderlichen Nachwuchs aufgrund ihres Alters wegbrechen, wird es schlecht bestellt sein mit der Einsatzfähigkeit der Feuerwehren.

Wenn es heute heißt: „Wir haben keinen Mitgliederverlust“, so bedeutet das im Moment, dass der Status Quo gehalten wird. Dies ist aber nicht zukunftsorientiert. Jeder Wehrführer sollte sich anhand der Alterstatistik einer Wehr fragen: „Wann verliere ich wie viele Mitglieder? Habe ich dann schon für ausreichend Nachwuchs vorgesorgt?“ Ausgebildeten Nachwuchs brauchen wir nicht erst dann, wenn die Wehr die Mindeststärke unterschritten hat, sondern bereits dann, wenn sich die mangelnde Leistungsfähigkeit am Zeithorizont abzeichnet!

Es gibt viele Mosaiksteine, die helfen können, die Mitgliederzahlen zu halten – lassen Sie mich diese schlagwortartig nennen:

- Jugendfeuerwehren gründen
- Frauen für die Feuerwehr werben
- Menschen mit Migrationshintergrund ansprechen
- ehemalige Feuerwehrmitglieder, die aus anderen Gemeinden zugezogen sind, wieder für die Feuerwehr begeistern
- Feuerwehrdienst durch entsprechende Maßnahmen in der Gemeinde attraktiv machen
- Feuerwehrangehörige im Dienst und bei gesellschaftlichen Veranstaltungen „mitnehmen“
- Feuerwehrdienst interessant gestalten
- Gemeindevertretungen und Bürgermeister für Ihre Verantwortung „Sicherstellung des Feuerwehrwesens“ sensibilisieren
- Werbeaktionen starten oder sich an die Aktionen des Landesfeuerwehrverbandes „anhängen“
- Arbeitgeber durch Informationsgespräche „feuerwehrfreundlich“ stimmen

Zu den letzten beiden Themen lassen Sie mich noch einiges ergänzen:

Zum Thema Werbeaktionen:

Ich freue mich, dass der Landesfeuerwehrverband



mit seinen „Imagekampagnen“ die Federführung bei der Mitgliederwerbung übernommen hat und innerhalb des Landes eine eigenständige, einheitliche Werbelandschaft initiiert hat. Das Innenministerium hat diese Werbeaktionen in der Vergangenheit finanziell unterstützt und gefördert. Wir werden dies auch in Zukunft tun, wenn die Konzepte überzeugen. „112 Prozent Zukunft“ ist eine gelungene Aktion. Das gilt auch für die Werbung mit den Jugendfeuerwehribussen, die landesweit große Beachtung findet.



Zum Thema Arbeitsplatz:

Mir sind die Problematik und das Spannungsfeld zwischen „helfen wollen“ und „helfen können“ bewusst. Viele Feuerwehrangehörige wollen auch während der Arbeitszeit bei einer Alarmierung mit ausrücken – können es jedoch nicht, weil betriebliche Gründe dagegen sprechen oder weil der Mitarbeiter glaubt, sein Chef habe etwas dagegen.

Die rechtliche Seite ist klar: Nach dem Brandschutzgesetz sind Feuerwehrangehörige freizustellen, und ihnen ist Lohnfortzahlung zu gewährleisten. Der Arbeitgeber kann sich diese Lohnfortzahlung vom Träger der Feuerwehr, also der Gemeinde, erstatten lassen. Aber neben der rechtlichen Betrachtung gibt es auch eine psychologische Komponente.

Kommt es trotz klarer Rechtslage im Betrieb zu Problemen, wäre es sicher angebracht, wenn Bürgermeister und Wehrführer gemeinsam mit allen Arbeitgebern in einer Gemeinde das Gespräch suchen würden, um durch Überzeugungsarbeit einen Sinneswandel herbeizuführen. Ich habe in der Vergangenheit mehrfach die Gelegenheit genutzt, wenn ich mit den Arbeitgeberverbänden zusammen war, das Thema Feuerwehr, Ehrenamt und Vereinbarkeit mit dem Beruf anzusprechen. Dies werde ich auch in Zukunft bei jeder sich bietenden Gelegenheit tun.

Ich habe erläutert, welche Vorteile ein Feuerwehrmann einem Betrieb bringt. Immer wieder habe ich bei den Spitzenverbänden eine positive Stimmung hinsichtlich der Beschäftigung von Feuerwehrangehörigen gespürt. Ich würde mir wünschen, dass diese positive Einstellung bis in alle Betriebe gelangt und den Feuerwehrleuten ein etwas entspannteres Arbeiten ermöglicht, wenn sie ehrenamtliche Tätigkeit während des Dienstes wahrnehmen. Bedanken möchte ich mich ausdrücklich bei den Betrieben, die ihren Arbeitnehmern die ehrenamtliche Tätigkeit ohne „Wenn“ und „Aber“ ermöglichen. Diese Betriebsinhaber wissen, dass sie im Zweifel auch auf ihre Feuerwehr angewiesen sind. Eine tage- oder wochenlange Betriebsunterbrechung aufgrund eines Brandes kann die Existenz bedrohen. Eine kurzzeitige Betriebsunterbrechung oder -einschränkung wegen eines Feuerwehreinsatzes dagegen müsste leicht zu verschmerzen sein!

Meine Damen und Herren,

ich möchte Ihnen allen ganz herzlich danken, für das was Sie in der Vergangenheit für die Bürgerinnen und Bürger, für dieses Land geleistet haben. Unter Zurückstellung eigener Interessen haben Sie und die Kameradinnen und Kameraden in den Feuerwehren dafür gesorgt, dass wir ein sicheres Schleswig-Holstein haben. Sie sind der Garant dafür, dass allen, die hier im Land zuhause sind, bei einem Brand oder einem Unglücksfall schnell und sicher mit adäquater Ausrüstung professionell geholfen werden kann.

Meinen Dank möchte ich an dieser Stelle jedoch auch an die Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, an die Familien der Feuerwehrleute richten, ohne deren Verständnis, ohne deren Unterstützung diese Arbeit, die doch nicht unerhebliche persönliche Opfer mit sich bringt, im ganzen gesehen wohl nicht möglich wäre.

Überbringen Sie bitte meinen Dank Ihren Kameraden in den Heimatwehren. Für die Zukunft wünsche ich Ihnen alles Gute. Kommen Sie von Ihren Einsätzen immer wohlbehalten zurück. Treffen Sie immer die richtigen Entscheidungen, um sich und die Ihnen anvertrauten Feuerwehrleute vor Schaden zu bewahren. Glück Auf und alles Gute für die Zukunft!



Wiedergewählt: KBM Ralf Thomsenund Ltd BD Ralf Kirchhoff

Ilona Dudek, stellv. Verbandsvorsitzende hielt das Schlusswort und regte zum Nachdenken an: „Was müssen wir tun, damit sich unsere Mitglieder in den Feuerwehren wohl fühlen?“

Lieber Leser, liebe Leserin,
der Newsletter des Landesfeuerwehrverbandes Schleswig-Holstein ist ein Informationsangebot an alle, die sich in der Feuerwehr oder für die Feuerwehr engagieren. Aber auch für Außenstehende soll dieser Newsletter die eine oder andere interessante Information bereithalten und damit Lust auf das Feuerwehrwesen wecken. Daher leiten Sie diesen Newsletter bitte auch an andere weiter. Auf unserer Website kann man sich unter dem Button „Newsletter bestellen“ als neuer Abonnent eintragen lassen.

Ihre Anregungen und Wünsche nehmen wir gerne entgegen. Sie erreichen die Newsletter-Redaktion unter der Mail Bauer@LFV-SH.de oder telefonisch unter 0431 / 6032195.

Wir wünschen eine informative Lektüre.

Newsletter-Redaktion
Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein

Vier Profis mit zündenden Ideen für eine vernetzte Feuerwehr

Feuerwehr kann so schön sein...
...wenn man die richtigen Partner hat!



Hardware	Software	Internet	Shop
			
XEKO Ltd. Helge Haude Flensburger Str. 10 D-24837 Schleswig ☎ +49-(0)4621-290029 ☎ +49-(0)4621-997081 ✉ info@xeko.de 🌐 www.xeko.de	MP-SOFT-4-U GmbH Peter Breuer Am Breilingsweg 24 D-76709 Kronau ☎ +49(0)7253-957-641 ☎ +49(0)7253-957-518 ✉ info@mp-feuer.de 🌐 www.mp-feuer.de	die NetzWerkstatt® Sven Probst Kurze Straße 5 D-24768 Rendsburg ☎ +49-(0)4331-24700 ☎ +49-(0)4331-24701 ✉ info@die-netzwerkstatt.de 🌐 www.die-netzwerkstatt.de	hamburger-feuerwehr-shop.de Kai Stolte Produktion Hellkamp 12 D-20255 Hamburg ☎ +49-(0)40-8508285 ☎ +49-(0)40-85157785 ✉ kaistolte@hamburgerfeuerwehrshop.de 🌐 www.hamburger-feuerwehr-shop.de